

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

- 1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
- 2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip
- 3 „Recht
- 4 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
- 5 von Minderheiten und für ihre eigene Demokratisierung getan.
- 6 Europas Werte sind: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
- 7 Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der Europäischen Union
- 8 tragen.
- 9 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
- 10 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
- 11 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Sie hassen die liberale Demokratie. Und deshalb hassen
- 12 sie den Traum von einem Europa, das sich sozial erneuert, in dem Menschen sich frei begegnen
- 13 können, in dem nationale Kompetenzen gebündelt werden, um Freiheit, Sicherheit und Recht zu
- 14 gewährleisten.
- 15 Daher gilt es jetzt umso mehr, die Werte Europas zu verteidigen. Wenn nationale Regierungen
- 16 Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in
- 17 Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen
- 18 Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption
- 19 untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-
- 20 Gelder entziehen können. Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer
- 21 Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir Hasskommentare im
- 22 Internet EU-weit unter Strafe. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von Schleppern und
- 23 Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein Einwanderungsgesetz,
- 24 damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung geordnet ermöglicht wird.
- 25 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**
- 26 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
- 27 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
- 28 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Diese Kopenhagener Kriterien bilden das
- 29 Fundament der EU.
- 30 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
- 31 Pressefreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die Unabhängigkeit der Justiz oder
- 32 die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig nur ratlos daneben.

31 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
32 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
33 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
34 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

35 Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen

36 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
37 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen
38 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
39 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie
40 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
41 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings nur
42 für europäische Gesetze. Für nationale Gesetze gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes.
43 Deswegen konnte die Europäische Kommission beispielsweise bei der Einschränkung der
44 Pressevielfalt durch die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn nicht angemessen agieren.

45 Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta muss deshalb auch auf die nationale
Gesetzgebung

46 ausgeweitet werden. Damit könnten alle Bürgerinnen und Bürger die in der Charta enthaltenen
47 Grundrechte und demokratischen Prinzipien gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten
48 einklagen. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
49 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
50 angegriffen werden.

51 Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten

52 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
53 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
54 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
55 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
56 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
57 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
58 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
59 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
60 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
61 besetzt werden.

62 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
63 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse werden im
64 Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert. Bei
65 akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit
66 durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der
67 Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

68 Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden

69 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
70 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
71 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen kann.
72 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu

73 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
74 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

75 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
76 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb sollten die Gelder nicht
77 einfach dem betroffenen Mitgliedsland an sich gestrichen werden. Stattdessen sollen die
78 Mittel im Fall einer Verletzung von demokratischen Prinzipien direkt von der EU-Kommission
79 an Kommunen oder andere Antragsteller*innen vergeben werden. So kann das Geld weiterhin
80 dort
81 ankommen, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht
82 mehr
83 bei den nationalen Regierungen.

82 Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle

83 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
84 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische
85 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht
86 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
87 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
88 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn
89 ein
90 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteure ausgezahlt
91 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

91 Whistleblower schützen

92 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
93 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
94 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
95 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
96 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
97 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
98 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms,
99 um
100 Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

100 Unterstützung von Zivilgesellschaften in der EU

101 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
102 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
103 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

104 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
105 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
106 innerhalb der EU sinnvoll. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen,
107 unterstützt werden.

108 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 109 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 110 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
- 111 Mitgliedstaaten,
- 112 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 113 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 114 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

115 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

116 Wir wollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene noch demokratischer machen, das

117 Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

118 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
119 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
120 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
121 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
122 können. Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen, die
123 aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer bildet
124 zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

125 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
126 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft
127 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit
128 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
129 grundlegende Entscheidungen, zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
130 blockieren können.

131 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
132 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
133 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
134 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

135 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
136 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
137 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Hier werden
138 wir uns weiter hartnäckig für die größtmögliche Transparenz einsetzen.

139 Demokratie bedeutet: Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische
140 Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-
141 Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten kleinen Schritt zu
142 direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen
143 und entbürokratisieren. Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische
144 Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb

145 eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen,
146 kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen.

147 Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürgerinitiative mitstimmen
148 dürfen.

149 Wir unterstützen weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und
150 transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht, sollten
151 die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der
152 Position fest, dass Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission nur werden kann,
153 wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

154 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
155 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu
Parlamentsanhörungen
156 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
157 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

158 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 159 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 160 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 161 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 162 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

163 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen**

164 Europa war und ist ein Kontinent der Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb
165 Europas von einem in ein anderes Land gezogen, haben den Kontinent verlassen, sind von hier
166 geflohen oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und das
167 Recht auf Freizügigkeit war und ist eine der größten Errungenschaften, denn der Wohlstand
168 der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Freiheit von Waren, Dienstleistungen und
169 Kapital. Essenziell für das Zusammenwachsen Europas war stets die Freizügigkeit der
170 Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh Beschränkungen und bürokratische
171 Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter
172 anderem dadurch, dass Familienmitglieder von Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die
173 gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

174 Doch wir haben die letzten Monate vor dem Hintergrund der globalen Fluchtbewegungen
erleben

175 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie zu erhalten und
176 gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Zu
177 einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik sollten alle EU-Staaten
178 beitragen.

179 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
180 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame Antwort auf Migration
und

181 Flucht gegeben. Tagtäglich ertrinken Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer. Wir haben
182 schon vor Jahren festgestellt, dass das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl

183 beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ungerecht und gescheitert ist. So ist es
184 im September 2015 auch gekommen.

185 Dieses System gilt jedoch noch immer. Damit wird die Verantwortung aber weiter einseitig auf
186 die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU abgewälzt, statt eine faire
187 Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.

188 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
189 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt.
190 Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen,
191 Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten.
192 Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
193 Asylsuchenden ein faires Verfahren garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa,
194 das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer
195 beendet.

196 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auch wenn nicht alle, die kommen, bleiben können.
197 Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen gemeinsamen Aufbruch einer humanitären
198 Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und
199 sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen wollen.

200 Europäisches Einwanderungsgesetz für legale (Arbeits-)Migration

201 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
202 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele quasi unmöglich.
203 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
204 auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Ein europäisches Einwanderungsgesetz
205 mit gemeinsamen Rahmenregelungen für sichere und legale Einwanderung in die EU soll dabei
206 helfen, gleiche Standards in Europa für die Zuwanderung von Menschen mit verschiedenen
207 Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Bei der Ausgestaltung der Regelungen
208 geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und
209 Empfängerländer zu nutzen. Da bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für
210 Hochqualifizierte besteht, gehen jedoch auch potenzielle Migrant*innen den Weg über das
211 Asylsystem und scheitern.

212 Legale Fluchtwege schaffen

213 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
214 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs
215 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen
216 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege nach Europa auf sich nehmen müssen. Die EU-
217 Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
218 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen
219 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dafür sind
220 Familienzusammenführungen sowie großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente nötig,
221 insbesondere über das Resettlement-Programm des UNHCR oder über humanitäre Visa. Über
222 diese
223 beiden Programme können Menschen auf der Flucht, zum Beispiel aus UN-Flüchtlingslagern in
224 Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen
EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

225 Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer

226 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
227 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken und sogar in der EU
228 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert wird.

229 Zivilgesellschaftliche Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen,
230 wo der Staat versagt oder seine Schutzpflicht sogar wissentlich verweigert, dürfen nicht
231 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
232 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Gleichzeitig
233 sind wir überzeugt, dass Seenotrettung eine staatliche Aufgabe ist. Wir fordern, dass die EU
234 ihre humanitären Pflichten endlich wahrnimmt, ein europäisch organisiertes und finanziertes
235 ziviles Seenotrettungssystem aufbaut und sich an das völkerrechtlich verbrieft
236 Nichtzurückweisungsgebot hält.

237 Europäische Grenz- und Asylbehörde schaffen und Menschen human erstunterbringen

238 Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und
239 Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort
240 zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn
241 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
242 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass mögliche
243 Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht heißen:
244 Niemand kommt mehr rein.

245 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
246 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt einer
247 einseitigen Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in ihren
248 Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine
249 schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
250 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
251 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

252 Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
253 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
254 Erstversorgung und Registrierung die Menschen auf Grundlage des Verteilungsmechanismus in
255 die anderen EU-Staaten weitergebracht werden. Zustände wie in den Hot Spots auf Lesbos sind
256 mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden, indem
257 Menschen

aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

258 Abgesperrte Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir
259 ebenso ab wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt
260 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten. Dem Umbau des
261 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
262 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

263 Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus
264 voranbringen

265 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
266 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und

267 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine
Reform
268 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
269 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
270 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
271 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
272 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
273 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und geordneten
274 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten,
fordern
275 wir Direkthilfen der EU.

276 Viele regionale und kommunale Behörden sind mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen
277 konfrontiert: Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies
278 spiegelt sich bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des
279 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte
280 daher Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit
281 einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Eine besondere Unterstützung sollten dabei
282 die Städte und Kommunen erhalten, die sich direkt an dem europäischen Verteilmechanismus
283 beteiligen.

284 Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht unter dem
285 Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen.

286 Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen

287 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen kein anderer Grund gegen eine
288 Rückkehr spricht, müssen Europa auch wieder zügig verlassen. Dazu sollten europaweit
289 freiwillige Ausreisen stärker unterstützt werden. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen
290 wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug Unterstützungen anbieten, die ihre Staatsbürger
291 schnell und unbürokratisch wieder aufnehmen. Das ist der erfolgreichere Weg, als darauf zu
292 bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen Staatsbürger*innen auch sogenannte
293 Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf ihrem Weg das Land lediglich
294 durchquert haben. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen,
295 die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines
296 Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

297 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen auf der Flucht

298 Die beste Flüchtlingspolitik ist für uns diejenige, die dafür sorgt, dass weniger Menschen
299 auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Auch wir in Europa wollen dazu mehr
300 beitragen. Viele Ursachen der Flucht liegen nicht in unseren Händen. Oft stehen korrupte und
301 rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im Weg. Doch es
302 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
303 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

304 Wir stehen deshalb für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist
305 und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft
306 in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den

307 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
308 Klimaschutz sowie bei der Anpassung an Klimaveränderungen und treten für eine ökologische
309 Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische
310 Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und
311 Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete. All das bekämpft Fluchtursachen wirklich und
312 hilft den Menschen vor Ort.

313 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 314 • ein europäisches Einwanderungsgesetz, das legale Migration ermöglicht,
- 315 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 316 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
317 Verteilungsmechanismus,
- 318 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

319 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

320 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
321 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange

322 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
323 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

324 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
325 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
326 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
327 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
328 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung
und

329 Gleichberechtigung zu starten.

330 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

331 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
332 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
333 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
334 Pflege oder der Kinderbetreuung. In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in
335 allen anderen europäischen Staaten.

336 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
337 Vergleichbarkeit von Arbeitsplätzen festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für
338 alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
339 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht

340 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen die
341 Einflussnahme von Frauen in Macht- und Führungspositionen stärken und unterstützen den
342 Vorschlag der EU-Kommission für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Firmen. Wir
343 wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen
344 verpflichtend paritätisch besetzt werden.

345 Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

346 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper
und

347 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
348 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv
349 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
350 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
351 sichergestellt sein.

352 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
353 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine
große

354 Errungenschaft der EU, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden
355 kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-
356 Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

357 Darüber hinaus fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele
358 vorgibt, damit Frauen und Mädchen besser geschützt werden. Die EU sollte bestehende
359 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit Frauenhäuser
ausreichend
360 finanziert sind.

361 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft
muss

362 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
363 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
364 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
365 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
366 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
367 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

368 Gleichberechtigungs-Check im EU-Haushalt

369 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
370 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
371 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
372 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
373 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
374 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
375 dafür besser finanziert werden.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 378 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 379 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

380 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer*Menschen
(LSBTIQ*)**

381 **stärken**

382 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
383 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

384 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und einigen anderen

385 EU-Ländern nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Obwohl vielerorts
386 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
387 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
388 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
389 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
390 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen
Union.

391 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
392 Gleichberechtigung entgegen.

393 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
394 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
395 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
396 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe
397 auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Diskriminierung aufgrund von
398 sexueller und geschlechtlicher Identität befassen.

399 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
400 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

401 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
402 Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte. Der Europäische
403 Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes
404 eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es,
405 diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

406 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
407 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
408 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu
unterziehen.

409 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
410 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
411 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 414 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien,
- 415 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der
Geschlechtszugehörigkeit,
- 416 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

417 **3.6 Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

418 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
419 Sprachen, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir
420 stärker
421 gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen.
422 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
423 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber
424 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
425 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
426 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.
427 Rassismus nimmt zu. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe im öffentlichen Raum
428 angefeindet und angegriffen. Wir stellen uns dem entgegen und streiten für ein
429 demokratisches Miteinander.
430 Durch Antisemitismus im Alltag fühlen sich viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern
431 nicht mehr sicher. „Nie wieder“ lautet das Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten
432 Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet
433 hat.
434 „Nie wieder“ soll Leitbild für Europas Zukunft sein.
435 Jede Art von Antisemitismus muss bekämpft werden. Der Schutz vor antisemitischer Gewalt ist
436 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht auf die Betroffenen abgeschoben
437 werden. Darum dürfen auch die Kosten für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen von
438 Mitgliedstaaten nicht auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt, sondern müssen staatlich
439 finanziert werden.
440 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
441 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
442 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
443 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.
444 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen uns
445 entschieden an die Seite der Muslim*innen und stellen uns dem Hass gegen sie entschieden
446 entgegen.
447 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
448 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
449 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.
450 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
451 diffamiert und diskriminiert. Diese Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür, dass Menschen
452 mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen, dass im Rahmen
453 des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht
454 werden. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen aber weiter aufgestockt werden.
455 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
456 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
457 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
458 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine

457 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
458 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
459 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.

460 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
461 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir setzen uns für
462 eine wirksame europäische Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Hasskommentaren ein.

463 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 464 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
465 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 466 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- 467 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 468 • eine europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung und Verfolgung von
469 Hasskommentaren im Internet.

470 **3.7 Für ein barrierefreies Europa sorgen**

471 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt
472 leben können.

473 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention auch für die EU-
474 Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in allen
475 Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in ihrer
476 Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
477 haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen selbstbestimmt
478 am

478 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird. Dafür müssen
479 Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und eigenständige
480 Lebensführung muss sichergestellt werden. Erste Schritte sind der europaweit geltende
481 Parkausweis oder der Euroschlüssel, der Menschen mit Behinderung den einfachen Zugang zu
482 allen Behindertentoiletten im öffentlichen Raum ermöglicht.

483 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
484 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
485 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
486 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die
487 Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
489 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. International
490 anerkannte Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-
491 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene
492 rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen
493 und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch
494 die deutsche Bundesregierung blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und

für

495 den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

496 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
497 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
498 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
499 Deutschland 81.000 Menschen.

500 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 501 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 502 • die Ausweitung von Inklusion und Barrierefreiheit,
- 503 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

504 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

505 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen geschützt werden, und
506 zwar grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren, Kapital,
507 Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Europa
508 vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen, was sie
509 konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen
können.

510 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die Abschaffung
511 der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das
512 „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind
513 nur einige wenige Beispiele.

514 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an
VW-
515 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
516 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
517 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
518 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit für Sammelklagen, bei
519 denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und
520 Musterfeststellungsklagen müssen daher europaweit eingeführt werden.

521 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
522 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
523 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
524 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
525 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
526 braucht es ein System mit nur einem Ticket für alle Verkehrsträger für die gesamte EU – aus
527 dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste oder aus Süditalien nach Lappland, egal
528 ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket soll nur der Anfang sein.

529 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
530 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es
531 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche
532 Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs- und
533 Transportbedingungen einführen.

534 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Heute verkaufen
535 Berater*innen oft schlechte Produkte, die ihnen aber eine hohe Provision einbringen. Das
536 wollen wir ändern. Deshalb wollen wir einen Übergang zu einer qualitativ hochwertigen
537 Beratung auf Basis transparenter Honorare fördern. Beratung muss Anleger*innen den Weg zu
538 guten Finanzprodukten weisen.

539 Digitale Verbraucherrechte stärken

540 Datenschutz schützt nicht Daten, sondern die Privatsphäre des Menschen. Datenschutz ist
541 Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen niemanden
542 etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade
543 in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu
544 herausgefordert.

545 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten im
Internet

546 preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbst
547 entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

548 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO)
hat

549 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
550 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
551 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.
552 Hierauf können wir aufbauen.

553 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
554 Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“
Assistent*innen

555 wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt sind.

556 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
557 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten,
558 mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet verbunden
559 sind, muss verboten werden.

560 Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer
561 elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für Geheimdienste
562 darf es nicht geben.

563 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
564 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
565 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
566 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
567 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

568 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
569 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
570 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
571 vernetzten Geräten.

572 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
573 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
574 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
575 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
576 Software müssen haften, wenn sie bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

577 Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, müssen auch die Datenschutzbehörden
578 endlich die personellen und finanziellen Mittel bekommen, die sie brauchen, um unseren
579 Grundrechten flächendeckend zur Geltung zu verhelfen und europaweit zusammenzuarbeiten.

580 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet transparent gekennzeichnet und
581 die Finanzierung offengelegt wird. Versteckte Einflussnahme auf politische
582 Willensbildungsprozesse und Wahlen muss verhindert werden.

583 Produkte nachhaltiger und sicherer machen

584 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
585 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
586 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen
der

587 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
588 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.

589 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
590 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

591 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
592 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
593 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche
594 europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten.
595 Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
596 sicherstellt.

597 Für Software und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange Updates inkl.
598 Sicherheitsupdates zur Verfügung gestellt werden, sowie klare Anforderungen zur Lebensdauer
599 von Software und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen. Die europäischen Regelungen für
600 die Gewährleistung für Produkte wollen wir an deren Lebensdauer anpassen und auch auf
601 Software ausweiten.

602 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
603 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
604 verbindlichen europäischen Standard geben.

605 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 606 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
607 Anfang an,
- 608 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
609 Kommunikation,
- 610 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 611 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

612 **3.9 Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

613 Gegen Terrorismus helfen keine Schlagbäume. Stattdessen brauchen wir eine stärkere
614 europäische Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Verteidigung unserer Freiheit.
615 Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terror greifen unsere europäische freiheitliche
616 Lebensweise und Demokratie an. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir
617 setzen dabei auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung. Das heißt, anders als
618 die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere Sicherheitskräfte anlasslos jede
619 Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive Abgleiche verhindert. Wir wollen
620 eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose Politik immer weiter reichender
621 Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit.

622 Europäisches Kriminalamt schaffen

623 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Polizeibehörden der
624 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an
den

625 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
626 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die europäische Polizeibehörde Europol zu einer
627 schlagkräftigen europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen
628 Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige Ermittlungsmöglichkeiten und
629 -befugnisse, um in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter
630 Kriminalität selbst ermitteln zu können. Sie muss Terrorverdächtige, Mafiaorganisationen,
631 Menschenhandel, aber auch länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und
Rechtsextremisten

632 gezielt überwachen und verfolgen. Dafür muss sie mit ausreichend Ressourcen und Personal
633 ausgestattet werden.

634 Europaweite Vernetzung der Polizei

635 Um die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten zu verbessern, wollen wir ein
636 europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von
637 Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln
638 aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift
639 schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu
640 informieren oder um Rat zu fragen.

641 Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

642 Auch die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft müssen auf den Kampf gegen
Terror

643 und organisierte Kriminalität ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur für Betrugsfälle mit
644 EU-Geldern zuständig. Wir wollen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft künftig auch
645 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Extremist*innen und organisierte Kriminelle
646 einleiten kann, auf deren Grundlage das Europäische Kriminalamt dann ermittelt.

647 Terrornetzwerke aufdecken

648 Um die Finanzierungsquellen von Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität
649 auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen
Geldwäsche

650 schaffen. Terrornetzwerke und organisierte Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Wir

651 wollen, dass Banken verdächtige Kontobewegungen direkt an die europäische Stelle melden,
652 anstatt nur ihre nationale Meldestelle zu informieren.

653 Für die Verfolgung von terroristischer und gewaltverherrlichender Propaganda im Internet
654 braucht es mehr Beamt*innen und spezialisierte Staatsanwält*innen und Richter*innen. Die
655 momentane Praxis von Europol, Digitalplattformen lediglich auf Basis ihrer allgemeinen
656 Geschäftsbedingungen zur Löschung solcher Inhalte aufzufordern, ist eine Verhöhnung des
657 Rechtsstaats. Sie bedeutet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, führt auch zur
658 Löschung legaler Inhalte und vermeidet die eigentliche Aufgabe der Polizei, Straftäter*innen
659 dingfest zu machen.

660 Aussteigerprogramme stärken und Waffenrecht verschärfen

661 Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger*innen aus der islamistischen und
662 rechtsextremen Szene wollen wir europaweit stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu
663 verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach,
664 an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen
665 Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen
666 regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und
667 gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

668 Angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten und der Ausbreitung rechten und
669 rechtsextremen Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt
670 werden. Während demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte
671 bündeln, verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

672 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
673 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
674 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
675 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

676 Datenschutz sicherstellen

677 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
678 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
679 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
680 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
681 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im

682 Aufbau.

683 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
684 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
685 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
686 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
687 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
688 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
689 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
690 weiterhin mit aller Vehemenz gegen die Vorratsdatenspeicherung.

691 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
692 Verfolgung von terroristischen und extremistischen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-

693 Staaten Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
694 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
695 Ermittlungsteams. Viel zu oft endet deshalb eine Ermittlung oder Überwachung, wenn ein
696 Gefährder das Land wechselt.

697 Gleichzeitig werden Datenbanken, in denen gezielt Straftäter und Terrorverdächtige erfasst
698 sind, wie zum Beispiel im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht
699 richtig genutzt, weil es an Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten
700 mangelt. Hier gibt es dringend Änderungsbedarf.

701 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 702 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams,
- 703 • mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror und
704 organisierte Kriminalität,
- 705 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 706 • eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen,
- 707 • die Wahrung von Grundrechten und Datenschutz beim Kampf für mehr Sicherheit.